

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 21

Köln, den 23. Mai 1930

31. Jahrg.

Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Die wesentlichsten Ursachen der großen Arbeitslosigkeit wurden in der vorigen Nummer unseres Organs aufgezeigt und auch schon auf die Mittel zu ihrer Beseitigung teilweise hingewiesen. Es erscheint notwendig, einige ergänzende Bemerkungen über Maßnahmen zur Behebung der Arbeitslosigkeit zu machen. Das durchschlagendste Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist natürlich die Beschaffung von Arbeit. Die englische Regierung hat zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit insgesamt die Summe von 1,5 Milliarden Mark in ihr großzügiges Programm eingesetzt. Diese riesigen Mittel sollen z. B. verwandt werden zur Regelung der Wasserversorgung, zur Modernisierung der englischen Eisenbahnen, zum Ausbau der Londoner Untergrundbahn, ferner für die Ausdehnung des Fernsprechnetzes und für Straßenbauten etc.

In Amerika tritt der Staat der Arbeitslosigkeit dadurch entgegen, daß er Hunderttausende von Arbeitslosen gegen gute Bezahlung beim systematisch betriebenen Straßenbau in Arbeit nimmt. Dort kennt man auch schon das Bauen im Winter in der Prager, und zwar im großen Stil. Der Staat drohelt zudem bei schlechterer Arbeitslage die Einwanderungskontingente. In der Landwirtschaft werden zur Erntezeit über den normalen Bedarf hinausgehend rund 600 000 Arbeitskräfte gebraucht. Der Präsident Hoover hat die bedeutendsten Wirtschaftsführer zusammenberufen und sie aufgefordert, sofort für Arbeit zu sorgen und neue Arbeiten in Angriff zu nehmen.

Auch in Deutschland hatte die Reichsregierung in dem schlimmen Krisenjahr 1926 bekanntlich ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt. Dieses sogenannte Notprogramm sah u. a. vor, die Fertigstellung begonnener Bahnbauten, zusätzliche Aufträge der Reichsbahn und Erweiterungs- und Erneuerungsarbeiten der Reichspost, ferner wurden von der Regierung unterstützt die Wasserstraßenbauten, der Straßenbau, der Wohnungsbau, die produktive Erwerbslosenfürsorge im engeren Sinne, d. h. Durchführung von Notstandsarbeiten, sowie die Arbeiten zur Hebung der Bodenkultur und die Durchführung eines großen Sieblungsprogramms. Manche der vorgesehenen Arbeiten sind durchgeführt, viele sind stecken geblieben. Immerhin sind die Maßnahmen der Reichsregierung damals nicht ohne Erfolg geblieben.

Bekanntlich haben sich Ende Januar 1930 die Landeshauptleute der Provinzen Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien und Oberschlesien zu einer gemeinsamen Aktion zusammengeschlossen, um der drückenden Not des Ostens zu steuern. Hinzu kommen noch die Hilferufe aus den westlichen Grenzländern. Man erwartet natürlich nicht nur in den östlichen, sondern auch in den westlichen Grenzprovinzen vom Reiche und von den Ländern Hilfe, und im Westen besonders durch eine entschlossene Verkehrs- und Wirtschaftspolitik. Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat bereits im Oktober 1929 in einer längeren Denkschrift entsprechende Vorschläge, besonders bezüglich des Ausbaues des Verkehrswesens, den zuständigen Stellen im Reich und den Ländern vorgelegt. Geschehen ist bisher verhältnismäßig wenig. Es fehlt eben das Geld!

Der Kollege Karl Schmitz vom Metallarbeiterverband machte kürzlich den Vorschlag, zur Behebung der Gesamtnot des deutschen Volkes, insbesondere auch in den Grenzländern, vor allem aber um Arbeit und die produktive Erwerbslosenfürsorge zu finanzieren, ein besonderes Notopfer zu beschließen. Der leitende Gedanke dieses Vorschlages ist, durch vorübergehende verstärkte Opferwilligkeit größere Geldmittel zu produktiver Arbeit zu gewinnen, also durch Arbeit Not zu lindern,

um durch verstärkte Wirtschaftskraft die Aufwendungen zur Unterstützung der Arbeitslosen später senken zu können. Er weist auf den Wehrbeitrag von über 1 Milliarde Mark im Jahre 1915 hin und fragt, warum es denn nicht möglich sein sollte, durch ein allgemeines Volksnotopfer der gegenwärtigen Not des Volkes zu steuern. In erster Linie sollen zu diesem Volksnotopfer herangezogen werden alle diejenigen, die in festem Gehalt stehen, die keine Konjunkturschwankungen kennen, die pensionsberechtigt sind und für deren Angehörige nach ihrem Ableben gesorgt ist.

Ein zweiter Vorschlag, der Landwirtschaft ausgiebiger zu helfen und sie kaufkräftiger zu machen, ist von Dr. Paul Silverberg, dem rheinischen Braunkohlenindustriellen, übernommen. Silverberg schlug vor, zur Finanzierung der Landwirtschaft die Industrieabgabe — die seither gezahlt, nun aber aufgehoben werden soll — in Höhe von 200 Millionen Mark für fünf weitere Jahre bestehen zu lassen. Aus diesem Hilfsfonds für die Landwirtschaft sollen dann billigere Kredite zu günstigen Rückzahlungsbedingungen der Landwirtschaft gegeben werden. Durch die Wiederaufrichtung unserer Landwirtschaft würden bessere Löhne für Millionen landwirtschaftlicher Arbeitnehmer und Arbeit und Brot für viele Tausende anderer Arbeiter erwachsen.

Der dritte Vorschlag ist, daß auch die Arbeiter selbst bereit sein sollen, nicht so sehr durch Lohnerhöhungen, sondern durch tatsächlichen Preisabbau, über den zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden verhandelt werden müßte, zu Kaufkraftverstärkungen, also zu Realloohnerhöhungen zu kommen. Kollege Schmitz hält es für eine hohe Pflicht der deutschen Gewerkschaftsbewegung, bei den Lohnbewegungen des Jahres 1930, besonders in mehreren Berufen eine gewisse Reserve zu beobachten, obschon er sich darüber klar ist, daß die Erhöhung der landwirtschaftlichen Sölle die Massen weiter belasten und die in Aussicht genommene Steuerreform (wie das ja bereits teilweise geschehen ist) zu weiteren Massenverbrauchssteuern führen kann. Um der Eindämmung der Arbeitslosigkeit willen müßten die in Arbeit stehenden eben Opfer bringen. Einen sogenannten „Lohnfrieden“ hält er jedoch für unmöglich, weil ganze Arbeitergruppen innerhalb bestimmter Industriegruppen in verschiedenen Bezirken im Lohn zurückgeblieben sind.

Ein weiterer Vorschlag will, daß wir, die christlichen Gewerkschaften, das Kernstück zu einem Volksbund zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Beeinflussung des Verbrauchs abgeben sollen. Dieser Volksbund soll einen Werbefeldzug unternehmen unter der Devise: „Deutsche, kauft deutsche Erzeugnisse! Wer Auslandsware kauft, macht deutsche Arbeiter arbeitslos, schädigt sich selbst und die Gesamtheit!“

Weitere ergänzende Vorschläge werden von mir hiermit unterbreitet:

In erster Linie müssen die Unternehmer zu der Erkenntnis gebracht werden, daß sie im privatkapitalistischen Wirtschaftssystem nicht nur die Verpflichtungen haben, dafür zu sorgen, daß angemessene Gewinne herausgewirtschaftet werden, sondern daß zum mindesten die branchekundigen bzw. die Stamarbeiter auch in schwierigen Perioden Lohn und Brot behalten. Die Sorge um die Arbeitslosen ist im heutigen Wirtschaftssystem in erster Linie eine Sorge der privaten Unternehmer selbst, das kann nicht anders sein. Versicherungen und Hilfe durch die Allgemeinheit kommen als Notbehelfe erst in zweiter Linie in Betracht. Die periodische Abschhebung auch der besten Arbeitskräfte auf die Arbeitslosenversicherung muß also unbedingt aufhören.

Es muß ferner darauf gedrängt werden, daß auch in der Privatwirtschaft eine produktivere Wirtschaftsgestaltung und Verwaltungsvereinfachung durchgeführt wird. Es sind immer noch viel zu viele Leute in der Warenverteilung beschäftigt, und wir sehen bereits auch ein Zuviel und eine ungesunde Zusammenballung in der Industriebürokratie.

Die Rationalisierung und Mechanisierung ist durch die Möglichkeit der Selbstfinanzierung — wie schon erwähnt — vielfach übersteigert worden. Sie müssen auf das richtige Maß eingestellt werden, sonst wirken sie unrentabel.

Die Beschaffungsbehörden des Reiches, der Länder und der Kommunen tragen in den Zeiten größerer Arbeitslosigkeit eine besonders ernste Verantwortung. Diese Beschaffungsstellen der Behörden haben nachweislich für jährlich rund 7 000 bis 8 000 Millionen — man spricht sogar von 10 Milliarden Mark — an Aufträgen zu vergeben. Sie können bei gutem Willen und Erkennung ihrer Aufgabe gegenüber den arbeitslosen Volksgenossen durch rechtzeitige und zweckmäßige Maßnahmen bei der Arbeitsvergebung vielen Tausenden von Arbeitslosen in den kritischen Wintermonaten Beschäftigung geben. Es wäre zurzeit ungeheuer wichtig, wenn die vom Reichswirtschaftsrat auf Initiative und Vorschlag von christlichen Gewerkschaftlern gefaßten Vorschläge zur besseren Verteilung der Behördenaufträge endlich stärker realisiert würden. Besonders dringlich sind die von uns immer wieder verlangten Zurückstellungen und Vorverlegungen der Arbeiten auf die Winterzeit im ungefähren Höchstmaß von 4 bis 5 Prozent des Gesamtwertes der öffentlichen Aufträge. Diese Zurückstellungen und Vorverlegungen müßten abgestellt werden auf die schlimmste Zeit von November bis März. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann aber nicht nur von zentralen Stellen aus geschehen, sondern es müssen sich auch die Länder- und Gemeindeparlamente, besonders im Winter und in Depressionszeiten stärker um die Arbeitsbeschaffung kümmern. Auch die werterhaltende Erwerbslosenfürsorge darf dabei nicht vergessen werden.

Die Exportförderung, insbesondere zur Hebung unserer Fertigwarenausfuhr, ist auch eines der wichtigsten Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit. Darum ist der stärkere Abschluß von ordnungsmäßigen Handelsverträgen mit anderen Ländern unter dem Gesichtspunkt der Beseitigung der vielen Handelshemmnisse zu erstreben. Ferner müssen wir auch die anderen Maßnahmen der Ausfuhrförderung unterstützen.

Die Stärkung der Kaufkraft der breiten Schichten der Arbeitnehmer — insbesondere auch in der Landwirtschaft — durch eine bessere Entlohnung trägt zweifellos in ganz anderem Maße zur Belebung der Konjunktur bei, als die Niedrighaltung oder gar die Heruntersetzung der Löhne. Die Kapitalneubildung braucht nicht nur bei den Banken und den sonstigen kapitalistischen Kreisen zu geschehen; volkswirtschaftlich und staatspolitisch ist es besser, wenn dieses auch durch die Ermöglichung des Sparens seitens der Arbeiter geschieht.

Jede Einkommensvermehrung, die dem notwendigen Verbrauch zugeführt wird, hebt die Gütervermehrung, schafft Arbeit, hebt die Konjunktur. Die Lohnpolitik, die insbesondere zur Hebung des Einkommens der gering entlohnerten Massen führt, steigert den Verbrauch, vermehrt die Gütererzeugung und den Warenumfang. Von 23,25 Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern hatten 10,39 Millionen keinerlei steuerpflichtiges Einkommen, d. h. sie verdienten demnach nur 1200 Mark jährlich und darunter 0,36 Millionen waren infolge der Familienermäßigungen ebenfalls steuerfrei, sie verdienten im Durchschnitt 1877 RM. In der Invalidenversicherung leisteten im Juni 1929 von 14 637 802 Versicherten Wochenbeiträge in der Lohnklasse von 36 RM. und mehr nur 36,9 %.

Die Zahl sehr niedrig entlohnter Arbeitskräfte ist demnach noch reichlich groß, unter 36 Mk. die Woche verdienen über 60% der versicherten Arbeiter. Mit der Vermehrung der Kaufkraft dieser Massen wird die Arbeitslosigkeit auch herabgemildert. Das wäre Förderung der Konjunktur durch eine gute Lohnpolitik.

Die zu starke Besteuerung des Massenkonsums trifft insbesondere die kinderreichen Familien und ist nicht nur eine soziale Ungerechtigkeit. Die Produktion muß sich stärker auf die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse der breiten Volksschichten einstellen. Den Bestrebungen, auf Kosten des Wohnungsbaues die öffentlichen Kassen wieder aufzufüllen, ist mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Gegen die unerhörten Zahlungen aus dem

Youngplan, die den deutschen Kapitalmarkt und damit auch den Arbeitsmarkt in Deutschland einschränken, wird sich die organisierte Arbeiterschaft stets wenden müssen und nicht ruhen, bis diese unökonomischen Zahlungen auf ein erträgliches Maß herabgesetzt werden und schließlich verschwinden.

Die Durchführung einer beweglicheren Diskontpolitik seitens der Reichsbank und ein stärkerer Druck derselben auf die viel zu hohen Zinsen und Provisionen der Banken und auf die überhöhten Preise im Handel würden der Wirtschaft Erleichterungen und größere Beschäftigungsmöglichkeiten gewähren. Die zwangsweise Neukapitalbildung durch die zu hohen Zinsspannen und Preise schränken natürlich den Arbeitsmarkt ein.

Die Kartellpolitik muß zielsicherer als bisher gehandhabt werden. Besonders ist das Preisgebaren der Kartelle, Syndikate und Trusts an das Licht der Öffentlichkeit zu ziehen. Außerdem müßte verboten werden, daß die nächste Wirtschaftsstufe, der Handel, gebunden wird.

Die Herabsetzung des ausländischen Arbeiterkontingents (zurzeit beträgt es 109 000, in Wirklichkeit sind es viel mehr) wäre erstens zu prüfen. Es geht nicht an, daß deutsche Arbeiter zur Beschäftigungslosigkeit verurteilt werden, und Ausländer ihre Plätze einnehmen.

Die Frage der Doppelverdiener erhält angesichts der großen Arbeitslosigkeit eine größere Bedeutung als bisher. Einige Gruppen unserer Bewegung wünschen ein Notgesetz, das, sobald es wieder genügend Arbeit gibt, aufgehoben werden könnte. Es soll auf die Berufe und Bezirke Anwendung finden, in denen ein Überangebot von Arbeitskräften besteht.

Es ist nur zu befürchten, daß in der Volksvertretung solche Vorschläge in absehbarer keine Mehrheit finden werden. Daß aber die Konkurrenz der Doppelverdiener, besonders der völlig versorgten Doppelverdiener in solchen Notzeiten unerträglich erscheint, bedarf kaum einer Begründung.

Die weitere Verkürzung der Arbeitszeit wird vielfach als Mittel zur Milderung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen. Man spricht bereits vom 4-mal-6-Stundentag. Hierbei sieht es m. E. nur mit einem Lohnausgleich schlecht aus, und die Unternehmer befürchten von der Durchführung solcher Vorschläge weitere Arbeitslosigkeit und Konkurrenzunfähigkeit gegenüber dem Auslande. Eins aber müßte überall jetzt schon beachtet werden, daß nicht in dieser Notzeit noch Überstunden gemacht werden. Der Reichsarbeitsminister und vor ihm der preußische Handelsminister haben in einem Runderlaß auf den Ernst der Arbeitsmarktlage hingewiesen. Um zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit beizutragen, sollen die Gewerbeaufsichtsbeamten eine behördliche Genehmigung für Überarbeit nur bei unabweisbarem Bedürfnis, nach Fühlungnahme mit dem Arbeitsamt und nur für kurze Zeit bewilligt werden.

Das bessere Funktionieren der Arbeitslosenvermittlung ist unsererseits immerfort anzustreben, bis die größtmögliche Feinheit bei der Sondierung und Behandlung der Arbeitskräfte und des Arbeitsmarktes erreicht ist. Hier können die Landesarbeitsamtsvorstehenden und Arbeitsamtsvorstehenden und Verwaltungsausschüsse viel Gutes wirken.

Auf Grund dieser Darlegungen hat der Ausschuß des Gesamtverbandes die bereits in Nr. 19 mitgeteilten Forderungen beschlossen, die als Unterlage für die weitere Behandlung der brennenden Arbeitslosenfrage dienen sollen. Fritz Baltruß.

Forderungen des I. B. C. G. zur Internationalen Arbeitskonferenz.

Im Juni dieses Jahres tritt die Internationale Arbeitskonferenz in Genf wieder zusammen, um über die verschiedenen sozialpolitischen und lohnpolitischen Probleme zu verhandeln, die im Augenblick besonders aktuell sind. Aus diesem Grunde hat anlässlich der Berliner Tagung der Ausschuß des Internationalen Bundes der christlichen Gewerkschaften eine Reihe von Entschlüssen gefaßt, die als Empfehlungen für die kommende Konferenz gelten.

Da nach einer leichten, aber noch kurzen Besserung im Jahre 1929 die internationale Kohlenkrise schlimmer denn je ausgebrochen ist und die Bergarbeiter durch die vielen Stilllegungen, Entlassungen

und Feierschichten aufs schwerste betroffen werden, ruft der Ausschuß zur internationalen Verständigung zwischen den Kohlenländern über Preise, Absatzgebiete und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter auf. Er gibt der bestimmten Erwartung Ausdruck, daß auch das Internationale Arbeitsamt alles tun wird, um wenigstens schon ein Abkommen zustande zu bringen, wodurch die zu lange Schicht- und Arbeitszeit im Kohlenbergbau für alle Bergarbeiter wesentlich verkürzt und die Schicht- und Arbeitszeit einheitlich festgesetzt wird.

Mit aller Schärfe spricht sich der internationale Bund gegen die Anwendung von Zwangs- und Pflichtarbeit, die ja in den Kolonien anzutreffen ist, aus. Den Arbeitern soll das Recht der Koalitionsfreiheit unter Berücksichtigung der Erreichung der Kulturstufe grundsätzlich zuerkannt werden, ganz gleich, welcher Rasse oder Farbe sie auch angehören. Die Kolonisationsarbeit muß als Endzweck haben, die unter Schutzherrschaft stehenden Völkern auf eine höhere Kulturstufe zu führen und diese zu besseren religiösen, moralischen, geistigen, familiären und sozialen Verhältnissen gelangen zu lassen. Die Ausbeutung irgendwelcher Gebiete ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie dem allgemeinen Interesse dient und zur Wohlfahrt der Bevölkerung dieser Gebiete gereicht.

Mit größter Entschiedenheit tritt der Ausschuß allen Bestrebungen entgegen, die die Sonntagsruhe und Sonntagsheiligung zu untergraben drohen. Durch tarifliche Vereinbarungen ist nach der Forderung der christlichen Gewerkschaften der Samstagnachmittag

und der Frühschluß vor den hohen Feiertagen herbeizuführen, um eine gute Vorbereitung zur würdigen Feier des Sonn- und Festtags zu sichern. Soweit die Sonntagsarbeit unumgänglich ist, sollte kein Arbeiter zwei Sonntage hintereinander beschäftigt werden, wenn Auswechslungsmöglichkeiten vorhanden sind. Freie Tage in der Woche können nie ein voller Ersatz für den Sonntag sein. Sonn- und Feiertagsarbeit ist nur zulässig unter der doppelten Voraussetzung, daß sie erstens unumgänglich ist, und daß zweitens — zu ihrer Erschwerung — höhere Lohnzuschläge gezahlt werden.

Der Internationale Arbeitskonferenz wird weiter vorgeschlagen, einen Übereinkommensentwurf für die Arbeitsdauer der Angestellten festzulegen, welche nicht in den Anwendungsbereich des Washingtoner Abkommens fallen. Danach soll die Arbeitshöchstdauer, in die die Ruhepausen nicht eingerechnet sind, acht Stunden täglich und achtundvierzig Stunden wöchentlich betragen. Für Jugendliche unter achtzehn Jahren wird die Arbeitsdauer ebenso wie für Angestellte, die an Büromaschinen, in ungesunden oder gefährlichen Betrieben beschäftigt sind, herabgesetzt. Die wöchentliche Arbeitsdauer soll so festgesetzt werden können, daß die Gewährung eines halben freien Nachmittags in jeder Woche möglich ist.

Mit Nachdruck setzt sich der Ausschuß für die internationale Regelung der Arbeitszeit der Seeleute entsprechend den Vorschriften des Washingtoner Abkommens für die Arbeiterschaft ein. Bisher war eine Einigung wegen des Widerstandes der Reeder unmöglich.

Lohnfrage und Arbeitslosigkeit.

In Krisenzeiten wird immer, sowohl von berufener wie unberufener Seite, die Lohnfrage, soweit sie für handarbeitende Menschen in Frage kommt, ausgerollt und zum Gegenstand „wirtschaftsphilosophischer“ Betrachtungen gemacht. Das war schon in der Vorkriegszeit so und zeigte sich auch zum wiederholten Male in der Nachkriegszeit. Selbst Leute, die den handarbeitsleistenden Menschen nicht als Objekt der Wirtschaft betrachten, die in dem Träger der Arbeitsleistung den Menschen beachtet wissen wollen, erblicken in der Arbeitslohnsenkung eine Gefundung der Wirtschaft. Wirkliche Fehlerquellen der Wirtschaft, die zu Wirtschaftskrisen führten und führen mußten, finden weniger Beachtung, noch weniger werden solche Fehlerquellen gesucht. In welch' hohen Tönen wurden doch in den hinter uns liegenden Jahren die „Wirtschaftssegnungen“ gepriesen, die in den Neuerungen, wie Rationalisierung, Typisierung, Mechanisierung, Geradefiniengestaltung usw. gegeben sein sollten. Der „große Segen“ hat sich gezeigt und wird sich noch mehr zeigen, je mehr die gesamte Wirtschaft diese Neuerungen weiter treibt, unberücksichtigt, daß Hunderttausende, ja Millionen Menschen dabei verkümmern.

Es wäre gewiß falsch und unvernünftig, sich einem gesunden technischen Fortschritt zu widersetzen. Was wir aber in den letzten Jahren an Rationalisierungs und Typisierungsbestrebungen beobachten mußten, dürfte doch als höchst zweifelhafter technischer Fortschritt angesehen werden. Wie lange wird die Menschheit diese reine Zweckhaftigkeit bei Herstellung der Wirtschaftsgüter ertragen? Läßt sich auf die Dauer bei Kulturvölkern die Einzelgesamtmachbildung unterdrücken? Wäre das der Fall, dann wäre es am mit der Kultur, dann sinken wir auf das Niveau primitiver Völker herab, die den Trust- und Großkonzernen auf Geheiß und Verderb ausgeliefert wären.

Als christliche Gewerkschaftler sehen wir in der Handarbeitsleistung das höchste Wirtschaftsgut, ohne das keinerlei Volkskultur bestehen kann. Die richtige Pflege dieses höchsten Wirtschaftsgutes, der Arbeitsleistung, ist deshalb von größter Bedeutung. Leider hat bezüglich einer richtigen Bewertung der Arbeitsleistung die Wissenschaft bisher versagt. Sie versagt, so bedauerlich das ist, auch heute noch vollständig. Die Ursachen dieses Versagens liegen zum Teil in der altphilosophischen Ansicht begründet, daß die Handarbeitsleistung einen minderwertigen Charakter erzeuge und erhalte und daß demzufolge der Träger der Arbeit ein minderwertiger Mensch sei. Aus dieser Einstellung heraus ergibt sich die bedauerliche Wirtschaftstheorie, nach der man die Arbeitskraft als gewöhnliche Handelsware behandelt und bewertet.

Es ist noch gar nicht lange her, da hat man seitens der Wissenschaft und der sogenannten Wirtschaftsführung die Tarifvertragsgestaltung als zur Mechanisierung und zur verderblichen Gleichmacherei führend angesehen und sie darum bekämpft und erschwert. Man sah in der Tarifvertragsgestaltung eine Unterbindung der

Qualitätsleistung, sah in ihr eine Prämiierung der Faulheit und — sogar eine Gefährdung der Autorität. Heute wagt man das nicht mehr so recht zu behaupten, weil sich die Unrichtigkeit dieser Behauptungen bereits deutlich erwiesen hat. Soweit durch Rationalisierung und Mechanisierung Qualitätsarbeitsleistung nicht unmöglich gemacht wurde, das heißt, soweit Handfertigkeit überhaupt noch in Frage kommt, wird niemand mehr bestreiten, daß in Deutschland in den letzten Jahren, also in der Zeit tarifvertraglicher Lohngestaltung, in der Qualität der Arbeitsleistung gewaltige Fortschritte gemacht worden sind. Wenn nicht in allen, so doch in sehr vielen Tarifverträgen hat die Lohnfestsetzungsform außerordentlich viel dazu beigetragen, die Arbeitsleistung sowohl quantitativ wie qualitativ zu steigern. Es wird zurzeit größere und bessere Arbeitsleistung vollbracht bei tarifvertraglich kürzerer als bei vordem längerer Arbeitszeit. Man sehe sich dieserhalb die Untersuchungergebnisse der Wirtschaftsenquete-Ausschüsse an, man wird dann dafür die Bestätigung finden. Leider vermißt man in Deutschland eine objektive wissenschaftliche Betrachtung dieser Entwicklung.

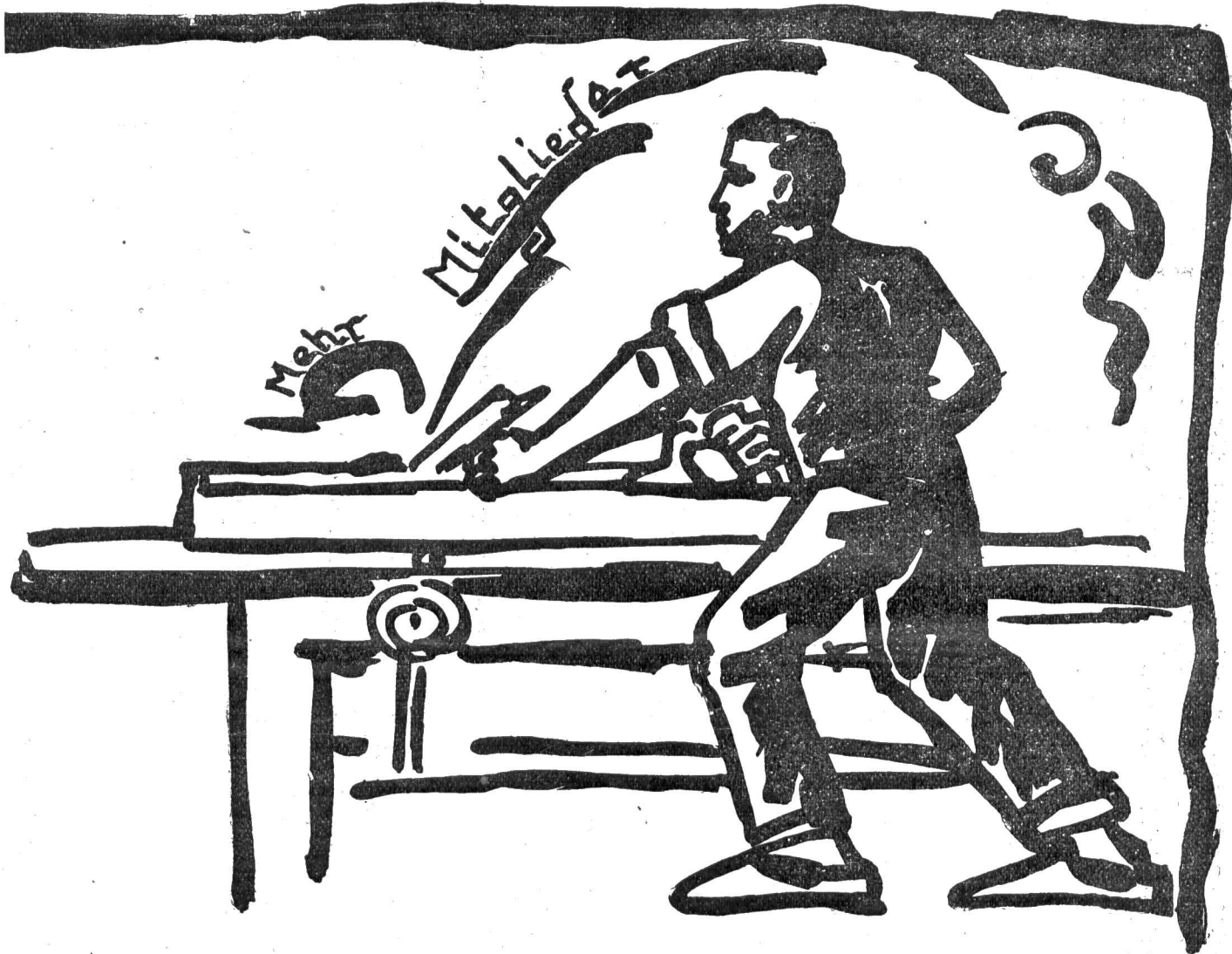
Neuerdings wird die Lohnfrage mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wieder stark in Verbindung gebracht. Von einzelnen „Wirtschaftlern“ werden die hohen Löhne als Hauptursache der großen Arbeitslosigkeit bezeichnet. Vor allem werden die Löhne bei der für das Inland arbeitenden Industrie als zu hoch gegenüber der für das Ausland arbeitenden Industrie angesehen. Die angeblich zu hohen Löhne für Inlandsprodukte sollen eine zu hohe allgemeine Wirtschaftspreislage erzeugen, die eine zu hohe Entlohnung in der auf Export eingestellten Industrie bedinge. Man spricht vorsichtigerweise von einer diesbezüglichen Regulierung durch die Schlichtungsorgane. Während man von wissenschaftlicher Seite früher die sogenannte schematische Lohnregulierung der Tarifverträge bekämpfte, soll die Schematisierung heute zur Behebung der Arbeitslosigkeit herhalten. Mit anderen Worten gesagt heißt das doch nichts anderes, als daß die Löhne in der für das Inland arbeitenden Industrie abgebaut werden sollen, damit die Exportindustrie vor Lohnerhöhungen geschützt, wenn nicht auch noch durch Lohnsenkungen begünstigt werden soll.

Die neuerlichen Bestrebungen der Arbeitgeber der Großindustrie lassen diesen Plan recht deutlich erkennen, indem sie einen allgemeinen Abbau der Löhne erstreben. Erinnert sei dabei an die Tariflohngestaltung in der Metallindustrie nach dem Kriege, bei welcher die Arbeitgeber es meisterhaft verstanden haben, eine leicht abbaufähige Tariflohnregelung festzusetzen. Unter Festsetzung eines sehr niedrigen Grundlohnes hat man eine Reihe sogenannter Zuschlagsätze festgestellt, die man jetzt glaubt, wenigstens teilweise beseitigen zu können. Die verhältnismäßig niedrigen Grundlöhne in der Metallindustrie waren bisher schon ein großes Hindernis bei Lohnregulierungen anderer Berufe. Immer wieder haben Arbeitgebervertreter und Schlichter auf die „Musterlöhne“ in der

Eine gute Arbeitsmethode

planmäßig u. überlegt, sichert den Erfolg
der Werbearbeit, in allen Zahlstellen,
in den Branchen- u. Jugendgruppen!

Darum sofort an die Arbeit



daß die Späne fliegen!

Metallindustrie hingewiesen und damit die Lohngestaltung für die Arbeiter höchst ungünstig beeinflusst. Dieses System scheint man jetzt weiter fortsetzen zu wollen.

Alle wissenschaftliche Theorie in Ehren. Mit der vorbezeichneten „Lohnregulierung“ wird keine Industrie belebt werden, weder die für das Inland, noch die für den Export arbeitende Industrie. Neben wissenschaftlicher Theorie gibt es doch auch noch praktische Erfahrungen, die als Lehrmeister dienen oder wenigstens dienen sollten. Jahrzehnte lange Erfahrungen haben doch zur Genüge gezeigt, daß mit gedrückten Löhnen eine gesunde Wirtschaft nicht geübt werden kann. Die Theoretiker sagen allerdings, daß bei niedrigen Löhnen die Preise gesenkt werden könnten, dadurch würde größerer Absatz ermöglicht und mehr Arbeitsgelegenheit geschaffen. Schauen wir doch mal nach dem „Wunderland“ Amerika, dessen überspizte und überspannte Rationalisierungs- und Typisierungs-systeme man in Deutschland glaubte nachahmen zu müssen. Haben wir dort nicht ebenfalls die ungeheure Arbeitslosigkeit zu verzeichnen? Absatzmöglichkeiten von Wirtschaftsgütern haben ihre natürlichen Grenzen. Diese Grenzen sind um so enger gezogen, je weniger Kaufkraft bei den breiten Schichten des Volkes vorhanden ist. Wird diese Kaufkraft etwa gefördert durch Kürzung der ohnedies zum Leben kaum hinreichenden Löhne? An diese Frage treten unsere Wirtschaftswissenschaftler nicht heran, sei es, daß sie ihnen zu heikel erscheint, oder sei es, daß man glaubt, die Arbeiterschaft sei nur dafür da, den Leuten von Jogh, Bildung und Besitz zu dienen, die Handarbeitsleistung sei als Objekt der Wirtschaft beliebig zu verwenden und beliebig zu bewerten. Man kehre endlich um von der abwegigen Bahn überspannter Rationalisierung und Typisierung, man lasse wieder Einzelgeschmacksbildung und Persönlichkeitswirken zur Geltung kommen bei einer besseren Bewertung der Arbeitsleistung. Wenn daneben eine planmäßigere Verteilung der Inlandsbedarfsaufträge ins Auge gefaßt wird, wenn vor allem die Vergabe größerer Aufträge, Wohnungsbau, öffentliche Bauten, auch Einzelaufträge, zeitig erfolgt, könnte gar manches besser sein, könnte viel mehr Arbeitsgelegenheit geboten werden. Was die Exportindustrie betrifft, so muß Bedacht auf Qualitätsleistung gelegt werden, mit welcher die deutsche Industrie in der Vorkriegszeit den Weltmarkt erobert hatte und zwar in der Zeit, als die Exportindustrie höhere Löhne zahlte, als die für das Inland tätige Industrie.

Die Arbeitslosigkeit ist zurzeit eine internationale Erscheinung, eine Folge überspannter Rationalisierung und Typisierung. So lange die Menschheit noch Geschmack findet an den seelenlosen Wirtschaftserzeugnissen, so lange Kunstfertigkeit und Persönlichkeitsgestaltung unterdrückt und überflutet werden, wird eine wesentliche Besserung nicht eintreten. Es sind bereits Ansätze dafür vorhanden, einer neuen Richtung in der Gütergestaltung die Wege zu ebnet. Die Hauptschwierigkeiten liegen aber noch gar zu sehr in dem Verhalten und in der Einstellung großer Kapitalkonzerne, die die Welt beherrschen. Auch diese verderbliche Einstellung wird und muß einmal anderer Wirtschaftseinstellung Platz machen. Das wird um so eher geschehen, je eher der Gedanke einer richtigeren Bewertung der Arbeitsleistung Gemeingut der Völker wird. Dorerst ist es Pflicht der Allgemeinheit, daß die durch eine falsche Wirtschaftseinstellung arbeits- und brotlos gewordenen Menschen eine angemessene Versorgung erlangen. Gemessen an sonstigen Ausgaben im Reich, in den Ländern und Gemeinden sind die Ausgaben für die Versorgung der Arbeitslosen absolut nicht zu groß, sie sind durchaus tragbar. Der Haupthinderungsgrund einer ausreichenden Versorgung der Arbeitslosen ist vielmehr der Gedanke, den Aufstieg des Arbeiterstandes zu unterbinden, den Arbeiter als willenloses Werkzeug einer alleinherrschenden kleinen Kapitalgruppe unterzuordnen. Je mehr sich die Arbeiterschaft hiergegen wehrt, je mehr die Sorge für die Arbeitslosen auch den besitzenden Kreisen mit aufgeladen wird, je eher wird man darauf bedacht sein, Arbeitsgelegenheit zu beschaffen und falsche Wirtschaftswege vermeiden.

Noch braucht man eine arbeitsfähige und arbeitswillige Arbeiterschaft. Man braucht sogar, um zu gesunden Wirtschaftsverhältnissen zu gelangen, eine arbeitsfreudige Arbeiterschaft. Diese schafft und erhält man nicht mit gedrückten Löhnen und einer verkümmerten Lebenshaltung, nicht mit Minderbewertung des Trägers der Arbeit, sondern nur, indem man der Arbeiterschaft eine menschenwürdige Lebenslage sichert. Der Arbeiter als Werte schaffender Mensch muß seinen angemessenen Platz in der menschlichen Gesellschaft erlangen. Andernfalls haben wir keinen Anspruch darauf, ein Kulturvolk genannt zu werden.

Chr. G.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Der 21. Wochenbeitrag ist für die Zeit vom 18. bis 24. Mai 1930 fällig.

Teilzahlungen sind regelmäßig an die Hauptkasse zu leisten. Kassierer und Vertrauensleute müssen die Abwicklung der Zahlstellengeschäfte so einrichten, daß Beitragsgelder ohne Verzögerung der Hauptkasse zugeleitet werden.

Kritik am System.

Unter dem Titel „Scherben“ übt der bekannte Publizist Friedrich Muckermann im Kölner Lokalanzeiger herbe Kritik an der Desorganisation unserer heutigen Weltwirtschaft. Widerspruch aus dem Lager der Interessenten gegen seine Ausführungen wird nicht lange auf sich warten lassen. Große Bedeutung kommt ihm aber kaum zu; denn nicht nur Muckermann, sondern auch andere, bekannte Wirtschaftskritiker, nehmen einen ähnlichen Standpunkt ein. Muckermann hat das Verdienst, die Dinge beim richtigen Namen genannt und mit seltener Klarheit herausgestellt zu haben. Er schreibt:

„Staaten sind wie Brücken, über die Völker dahinzuziehen. Über das Chaos sind diese Brücken gespannt, und ins Chaos hinab stürzen die Menschen, wenn diese Brücken brechen. Man findet bei solchen Brücken immer auch Angaben, wieweit sie belastet werden dürfen. Sobald der Last zuviel wird, beginnt die Gefahr. Heute sind diese Brücken schon erheblich überlastet. Da ist bei uns die Steuerlast, da sind die Arbeitslosen, da ist das Heer der Unzufriedenen. Wie eine ungeheure träge Masse wälzt sich das keuchend über die Brücke, die unheimlich in ihren Grundpfeilern ächzt. Wie lange wird sie noch halten?“

Was wir heute erleben, das ist ein Gericht, das Gericht über den Liberalismus, der die letzte Epoche aufgebaut hat. An Stelle der Jenseitsreligion setzte er die Diesseitsbejahung. Da aber die Gestaltung des vernünftigen Lebens abhängig ist von Gold und Geld, so vereinigen sich alle anderen Interessen in diesem einen. Es mußte Geld verdient werden, um das Ja zum Leben mit dem hinreichenden Nachdruck aussprechen zu können. Eine Fabrik nach der anderen schoß aus dem Boden. Es war dieser von Jahr zu Jahr sich steigenden Produktion keineswegs darum zu tun, den Güterverbrauch der Welt zu decken. Darum kümmerte man sich nicht im geringsten, sondern einzig um die geschäftliche Prosperität. Nicht war die Frage: Was brauchen die Mitmenschen zum Leben, damit wir es produzieren? sondern wie verdiene ich am besten Geld mit der Kaufkraft des Publikums? Worte wie Volksgemeinschaft gab es nicht, es sei denn gelegentlich zum nationalen Hausgebrauch. Die Menschen, die der Betrieb um sich sammelte, waren einzig dazu da, mit ihrer Hände Arbeit die Dividenden des Betriebes zu vermehren. Es bildete sich eine Herrenklasse und eine Sklavenklasse, eine Herrenmoral und eine Sklavenmoral, ein Herrenleben und ein Hundeleben.

Das ging lustig voran, bis man eines Tages sah, daß es nun nicht mehr weitergehen könne. Es wollten zu viele prosperieren, und dafür wurde diese Erde zu klein. Man mußte sie entweder unter sich verteilen, den Ausfall der Verdienste aus der Überproduktion ersetzen durch Hinaufschrauben der Preise, durch Monopole und Truste, oder aber man mußte, so wie es die Wölfe tun, den Fettesten auffressen, was man denn auch beschloß. Es kam also der Weltkrieg. Der Versuch mißlang. Das Gespenst der Überproduktion ließ sich nicht bannen. Im Gegenteil traten immer neue Völker in die wirtschaftliche Konkurrenz ein. Was tun? Alle Reklamemöglichkeiten, den Menschen zum Kaufen zu reizen, wurden nach und nach erschöpft. Der Prozeß der Wirtschaft kam ins Stocken. Einer der riesigen Motoren nach dem anderen lief sich langsam leer. Was tun? Es ist zuviel Apparat da, und er frißt Zinsen, auch wenn er stillsteht. Massen von Arbeitern, deren Lebensschicksal man mit seinem Erwerbslaster verbunden hatte, wurden unruhig, da sie auf der Straße lagen. Man hat in seiner phantastischen Geldgier in allen Ländern ein System von Maschinen und Produktionsmitteln aufgerichtet, das nun auf einmal zu nichts mehr nütze ist. Sieht man endlich ein, daß hier nur ein Gedanke, ein einziger, helfen kann, der das Übel

(Fortsetzung Seite 167)

Aus dem Berufsleben der Polsterer und Tapezierer.

Die Lehrlingshaltung im Tapezierergewerbe.

Wir berichteten bereits in Nr. 14 unseres Verbandsorgans, daß der „Freie Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilerverband“ den Reichs- und Landeszentralbehörden, sowie den Innungsverbänden des Gewerbes eine Denkschrift über die Lehrlingshaltung im Sattler- und Tapezierergewerbe überreicht hat. Gefordert wird in der Denkschrift eine Sperrfrist von zwei Jahren, währenddessen keine Lehrlinge neu eingestellt werden sollen. Weiter sollen später Meister, die bis zu 4 Gehilfen beschäftigen, nur einen, und bei mehr wie 5 Gehilfen nur zwei Lehrlinge halten dürfen.

Das Arbeitgeberorgan des Tapezierergewerbes, die „Allgemeine Tapeziererzeitung“ geht in ihrem Mai-Heft Nr. 9 in längeren Ausführungen auf die Forderungen des Freien Verbandes ein und verwirft dieselben restlos. Sie weist darauf hin, daß durch den Geburtenausfall während des Krieges die Zahl der Schulentlassenen 1930, sowie in den nächsten Jahren, gegenüber den normalen Zahlen, sehr gering sein würde. Der zu erwartende Ausfall an Jugendlichen würde bereits von sich aus die Lehrlingseinstellung außerordentlich erschweren. Auch meint das Meisterorgan, daß die Lehrlingshaltung im Tapezierergewerbe insgesamt nicht so hohe Zahlen aufweise, wie der Freie Verband das sich vorstelle. Nach der amtlichen Betriebszählung von 1925 käme im Durchschnitt auf 5 im Handwerk beschäftigte Personen ein Lehrling. Insgesamt beschäftigte Personen seien im Tapeziererhandwerk nach der amtlichen Zählung 33 832 vorhanden, davon seien 6037 Lehrlinge. Das durchschnittliche Verhältnis würde im Tapeziererhandwerk noch nicht erreicht. (Nach diesen Angaben kämen auf 5,6 Gehilfen ein Lehrling im Tapezierergewerbe. Weiterhin sagt das Arbeitgeberorgan:

„Der Reichsverband hat nun bereits auf seiner Kölner Tagung im Jahre 1926 eine Regelung getroffen, die schon lange von der größten angeschlossenen Innung, der Tapezierer-Zwangs-Innung Groß-Berlin, geübt wird und folgende Bestimmungen für die Lehrlingshaltung vorsieht:

1. Betriebe des Tapezierergewerbes, die bis 2 Gehilfen beschäftigen, dürfen nur einen Lehrling halten;
2. Betriebe, die 3—5 Gehilfen beschäftigen, dürfen nur 2 Lehrlinge halten;
3. Betriebe, die 6 und mehr Gehilfen beschäftigen, dürfen 3 Lehrlinge halten;
4. nach 3jähriger Lehrzeit ist der Lehrmeister berechtigt, für jeden auslernenden Lehrling einen neuen Lehrling in dem Maßstabe einzustellen, daß in den zu Ziffer 2 bezeichneten Betrieben höchstens 3 Lehrlinge, und in den zu Ziffer 3 bezeichneten Betrieben höchstens 4 Lehrlinge vorhanden sind.

Mit dieser Regelung, die von den angeschlossenen Innungen gutgeheißen wurde, ist alles getan, was hinsichtlich der Lehrlingshaltung im Interesse sowohl der Betriebe als auch der Gehilfen und Lehrlinge selbst liegt. Sie wurde im übrigen erst unlängst den angeschlossenen Innungen durch Rundschreiben erneut in Erinnerung gebracht.“

Gegenüber den in vielen handwerksmäßigen Betrieben bestehenden Verhältnissen, auch innerhalb des Tapezierergewerbes, könnte sich die angeführte Regelung schon sehen lassen. Es ist aber so, daß es im Tapezierergewerbe sehr viele Betriebe gibt, die Lehrlinge als das billigste Betriebsmittel betrachten und sich an die vom „Reichsverband der Tapezierermeister, Polsterer und Dekorateur“ veröffentlichte Regelung absolut nicht stören. Diese krassen Mißstände gilt es zu bekämpfen. Eine Einschränkung der Zahl der Lehrlinge beim einzelnen Betrieb ist im Interesse einer gründlichen und soliden Berufsausbildung geboten. Das muß das Grundsätzliche sein, worauf es ankommt. Unsere Einstellung zu der Angelegenheit haben wir bereits in der Nr. 14 unseres Verbandsorganes zum Ausdruck gebracht.

Nach dem politischen Kurswechsel.

Die Zahlstelle des Freien Sattler-, Tapezierer- und Portefeuilerverbandes in Braunschweig hatte sich als Redner zu einer Mitgliederversammlung ihren Kollegen Gahn aus Offenbach kommen lassen. Gahn ist Angestellter des genannten Verbandes. Über Gewerkschaften und sozialdemokratische Politik sagte der Redner nach einem Bericht des Freien Verbandsblattes folgendes:

„Die Gewerkschaften müssen in erster Linie die wirtschaftlichen

Befange der Arbeiterschaft wahren; da aber die Wirtschaft beeinflusst wird, betätigen sich die Gewerkschaften auch politisch und wird von ihnen die politische Linie der Sozialdemokratie verfolgt. An der Hand von Unterlagen, aus denen er die Verelendung der Arbeiterschaft klar vor Augen rückte, zeigte Redner wie trotzdem die Arbeiterschaft Niederlage auf Niederlage erhält. Durch die Bejahung des Staates durch die Sozialdemokratie war dieselbe auch gezwungen, diesem Staat die Mittel, die er benötigt, zu bewilligen. Die Auswirkungen dieser Einstellung haben wir jetzt durchzukosten. Die deutsche Arbeiterschaft kann einen solchen Kurs nicht mehr länger mitmachen und muß unbedingt zurück zum konsequenten Klassenkampf. Die Wirtschaftsdemokratie sieht in Wirklichkeit so aus, daß von einem Teilhaben an der Produktion der Wirtschaft nicht gesprochen werden kann. Redner entrollt dann den Weg, durch den es möglich ist, auf einer gesunden klassenmäßigen Grundlage die Verhältnisse zu meistern.“

Also durch die Bejahung des Staates habe man auch Staatspolitik machen müssen. Gahn hätte noch hinzufügen müssen: „Wegen dieser verantwortlichen Staatspolitik war uns die Möglichkeit genommen, die Massen gegen den Staat und gegen die verrottete bürgerliche Gesellschaft aufzuputtschen.“ Was waren das früher doch herrliche Zeiten, wo wir verantwortungslos den Mund ordentlich voll Kraftausdrücke nehmen konnten. Das Glück war uns hold. Jetzt können wir reden, kräftig reden, gegen die erbärmliche Reichspolitik der bürgerlichen Parteien, denen wir, zu unserem Glück, noch in letzter Stunde die Staatsverantwortung überlassen konnten.“

Leider hat diese verrottete Gesellschaft, die nun die Reichsämtler unserer Genossen besetzt haben, fast genau die von unserem Genossen, dem früheren Finanzminister Hilferding, eingeschlagene Politik fortgesetzt: neue Zölle und Verbrauchssteuern geschaffen, und jetzt will man noch, so wie es unser Hilferding auch wollte, die Kapital-, überhaupt die Besitzsteuern ermäßigen, usw.“

Aber Tapezierer-Genosse Gahn wird eine derartige, von ihm vorgeschlagene Politik auf die Dauer auch nicht wollen. Denn recht viele Genossen haben auch zurzeit noch recht fette Posten in Reich, Staat und Kommunen besetzt. Sie denken gar nicht daran, ihre Sessel für bürgerliche Anwärter freizumachen. Und wie viele Genossen werden durch diese guten Futterkrippen weiter gespeist. Und das soll alles flöten gehen? So dumm sind die Genossen des Genossen Gahn nicht!

Was ist eine gute Matraße?

Der beedigte Sachverständige für Tapeziererwaren für den Landgerichtsbezirk Köln, veröffentlicht zur Beantwortung der oben gestellten Frage folgende Ausführungen in der Allgemeinen Tapeziererzeitung:

Wenn in der Dorkriegszeit gute Rohhaar-Matraßen, neben einem gefüllten Leinenschränk der Stolz jeder Hausfrau waren, so hat sich dies durch die Knappheit des Materials im Kriege und auch nachher zum Schaden des Verbrauchers sehr geändert.

Rohhaare sind teurer geworden gegenüber der Dorkriegszeit, aber nicht schlechter. Den Rohhaarspinnern ist es gelungen, zeitweise unter Ausschaltung des Hauptlieferlandes für die Rohstoffe (Rußland) — vorliegende Proben beistätigen das —, ein Rohhaar herzustellen, das allen Anforderungen an ein gutes Matraßenhaar entspricht.

In der heutigen schnelllebigen Zeit, wo soviel Anforderungen an Geistes- und Körperkraft gestellt wird, sollte man an ein gutes und hygienisches Ruhelager zuerst denken.

Die Praxis ist anders. Diese falsch angewandte Praxis ist der Grund dieser Zeilen.

Junge Leute entschließen sich viel leichter, teure Holzmöbel zu kaufen, als Rohhaar-Matraßen. Man entschuldigt sich gewöhnlich mit dem Einwand, Rohhaar-Matraßen kann man immer noch kaufen.

Diese Einstellung ausnuzend, wird allenthalben mit markt-schreierischen Worten Reklame gemacht für Rohhaarmatraßen, Preise werden oft dabei genannt, für die weder gutes Material noch fertige Matraßen geliefert werden können.

Eine gute Matraße soll 20 Jahre, gute Haare ein ganzes Leben lang halten. Das ist aber nur dann möglich, wenn der Lieferer sich seiner Pflicht bewußt ist, eine so schwierige Arbeit — nicht jeder

ist hierzu in der Lage — qualitativmäßig unter Beobachtung langjähriger Erfahrung und unter Verwendung besten Materials herzustellen.

Leider ist in Verbraucherkreisen nicht bekannt, wieviel Sachverständnis für die Herstellung einer guten Matratze erforderlich ist. Manche kaufen um wenige Mark billigere Ware und lernen die Annehmlichkeit einer guten Matratze überhaupt nicht kennen.

Man lasse sich nicht ungeeignete Wolle und Halbwolle, schlechte Pflanzendaunen und billige Haare, die als Matratzenfüllmaterial ganz ungeeignet sind, oder gar geringwertigere Stoffe aufdrängen. Aus solchem Material kann niemand eine brauchbare Matratze machen.

Eine gute Koffhaarmatratze in qualitativ sachmännischer Verarbeitung läßt sich durch nichts auf der Welt ersetzen.

(Fortsetzung von Seite 165)

an der Wurzel packt? Es ist diese Einsicht wichtig für die Besitzenden, wenn sie überhaupt noch etwas retten wollen, sie ist auch wichtig für die Besitzlosen, soweit sie immer noch meinen, das grauenhafte Problem dieser Stunde durch Klassenkämpfe und Revolutionen lösen zu können. Der Endprozeß der Aera des Kapitalismus, der schon begonnen hat, kann nur, wenn er nicht ein Ende mit Schrecken sein soll, dadurch gemildert werden, daß man ein ganzes System in ein neues überführt, daß man sozusagen einen neuen Anfang setzt.

Wie einst das übermütige Gebaren des Adels den dritten Stand auf den Plan gerufen hat, so der Kapitalismus der letzten Jahrzehnte den vierten, seine Schöpfung überhaupt. Dieser vierte Stand hat sich bereits politische Gleichberechtigung erworben, er ist daran, sich auch wirtschaftlich den Platz an der Sonne zu sichern. Er will sich nicht fürder in die Sklavenrolle des Arbeitstieres finden, sondern seiner Menschenwürde gemäß behandelt werden. Er läßt es sich einfach nicht mehr gefallen, daß da ein paar Herren aus Paris oder Newyork die Aktienbündel tauschen, wodurch dann in irgendeiner friedlichen Gegend über Nacht ein paar tausend Arbeiter brotlos werden. Nein, es ist unmoralisch, daß das Schicksal ganzer Familien von den Launen eines Plutokraten abhängt. Das ist unmoralisch vor dem Forum des Christentums, das auf der ganzen Linie die Menschenwürde wieder aufgerichtet hat. Etwas Neues muß kommen, wenn die völlig aus den Fugen geratene Wirtschaft wieder gesund und wenn sie obendrein ihre Aufgabe erfüllen soll.

Jetzt ist die Stunde des Christentums da. Wir wollen die neue Gemeinschaft, jene Gemeinschaft, die auch dem Ärmsten des vierten Standes die Menschenrechte sichert und die Menschenwürde, wo also auch der letzte Mensch aus dem Sklavenjoch erlöst wird, so wie es sich geziemt für ein Geschlecht, in dessen Natur der ewige Sohn des ewigen Vaters Gestalt angenommen hat. Das ist der neue Tag, auf den wir hoffen. So können Scherben Glück bedeuten."

Lohn- und Tarifbewegung.

Verbindlichkeitserklärung des Bezirkstarifvertrages für das rheinisch-westfälische Holzgewerbe. Die nachstehend bezeichneten Tarifverträge werden im angegebenen Umfange gemäß § 2 der Tarifvertragsverordnung (Reichsgesetzbl. 1928 I S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt unter dem Zeichen III b 3909/270 Tar.

I. Parteien des Tarifvertrages

a) auf Arbeitgeberseite:

Rheinisch-Westfälisch-Sippischer Tischler-Innungsverband für die ihm angeschlossenen Tischlerinnungen, Essen; Gauverband Westfalen-Lippe des Verbandes für das selbständige deutsche Drechslergewerbe;

b) auf Arbeitnehmerseite:

Zentralverband christlicher Holzarbeiter.

II. Tag des Abschlusses: 12. September 1929

a) Bezirkstarifvertrag;

b) Anhang (Ortsverzeichnis und Lohnabkommen).

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeiter im Holzgewerbe im Umfange der §§ 1 und 2 des Bezirkstarifvertrages.

Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf Arbeitsverträge von Holzarbeitern, die in Betrieben beschäftigt sind, die nicht zum Holzgewerbe gehören; sie erstreckt sich ferner nicht auf Arbeitsverträge in Betrieben, die nachstehenden Arbeitgeberverbänden angehören:

Verschiedentlich wird nun versucht, den Begriff „Koffhaar“ zu verwischen, indem vielfach in unlauterer Absicht, minderwertige Gespinste dem Publikum als Koffhaar angeboten werden.

Demgegenüber muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß sowohl die Gerichte als auch die Industrie- und Handelsvertretungen jede unrichtige, gegen Treu und Glauben verstößende Bezeichnung einer Ware, die geeignet ist, über die Beschaffenheit derselben Irrtümer zu erwecken, verurteilen.

Polster- oder Krollhaare, auch reines Haar, sind etwas ganz anderes als Koffhaar.

Wer aber Koffhaar anbietet, darf nur reines Pferdehaar, ohne jede Beimischung von Haaren oder Borsten anderer tierischer Herkunft oder gar Pflanzenfasern, anbieten oder verkaufen.

Etwas anderes ist auch niemals handelsüblich gewesen.

1. Verein der Holzbearbeitungsfabrikanten im Industriegebiet, Sitz Essen (einschließlich der Tischlereibetriebe im Baugewerbe des Lüdenscheider Bezirkes, die den Tarifvertrag dieses Vereins schriftlich anerkannt haben);
2. Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriegebiet e. V., Elberfeld, Fachgruppe Holzbearbeitung;
3. Arbeitgeberverband des Holzgewerbes der Kreise Gummersbach, Wipperfurth und Waldbröl i. W., Sitz Gummersbach;
4. Wittgensteiner Arbeitgeberverband in Banse;
5. Arbeitgeberverband der nordwestdeutschen Holzinteressenten, Paderborn.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Rechtsrheinisch gelegene Teile der Rheinprovinz:

vom Regierungsbezirk Köln die Kreise Gummersbach, Waldbröl und Wipperfurth;

vom Regierungsbezirk Koblenz der Kreis Altenkirchen;

vom Regierungsbezirk Düsseldorf der rechtsrheinisch gelegene Teil mit Ausnahme des Stadt- und Landkreises

Düsseldorf, sowie der Städte und Bürgermeistereien Op-

laden, Wiesdorf, Schlebusch, Burscheid, Wighelmen, Leich-

lingen, Bergisch-Neukirchen, Richrath, Monheim und

Hildorf vom Landkreise Solingen;

Provinz Westfalen mit Ausnahme der Kreise Herford, Lüb-

becke, Minden und Höxter.

V. Die allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf § 1, letzter Absatz, § 4, Absatz 2, § 12, Satz 2 und den II. Teil des Bezirkstarifvertrages (Schiedsvertrag in Arbeitsstreitigkeiten).

VI. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 1. Mai 1930.

VII. Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit den Tarifverträgen.

Eingetragen am 14. 5. 1930 auf Blatt 8859 Isp. Nr. 7 des Tarifregisters.

Im Auftrag gez. Dr. Meves.

Berichte aus den Zahlstellen.

Grafenau. Tief im bayerischen Wald liegt Grafenau. Es ist mit der Bahn von Zwiesel über Frauenau, wo sich auch Zahlstellen unseres Verbandes befinden, zu erreichen. Unsere Zahlstelle ist nicht groß und stark, aber ein desto festerer Zusammenhalt ist vorhanden. Wenn unser Gauleiter aus München kommt, sind stets alle Kollegen vollzählig zur Versammlung da. Als vor kurzem unser Arbeitgeber Unterschriften unter einen Werkvertrag verlangte, stellten unsere Kollegen ihren Mann und lehnten diese Zumutung einhellig ab. Wenn im bayerischen Wald die Sägewerksarbeiter überall so gut organisiert wären, wie bei uns, um wieviel besser stände es bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse im bayerischen Wald. Es wird soviel über die Hebung des bayerischen Waldes geredet und geschrieben. Die Masse der Bevölkerung im bayerischen Wald sind Arbeiter. Die gesamte Arbeiterschaft, insbesondere auch die Sägewerksarbeiter sollten sich besser organisieren. Das ist die erste Voraussetzung für eine wirtschaftliche Besserung der Lage, und damit wäre schon ein großes Stück Hebung des bayerischen Waldes geleistet. Was in unserer Zahlstelle möglich ist — gute Organisationsverhältnisse — könnte auch wo anders möglich gemacht werden.

Bamberg. Außerordentlich schwer fällt es den hiesigen Meistern, den Schreinerlehrlingen die tariflich festgesetzten Kostgeldsätze zu bezahlen. Um den Lehrlingen diese kleine tarifliche Vergütung zu verschaffen, waren wir gezwungen, an eine ganze Anzahl Meister brieflich und mündlich heranzutreten und die Bezahlung der Kostgeldsätze zu verlangen. Dieses ist den Mitgliedern der freien Schreinerinnung Bamberg schwer auf die Nerven gegangen. In einer Zunungsverammlung wurde beschlossen, die bisherigen Lehrverträge aufzuheben und neue Vereinbarungen bis auf weiteres zu erlassen. In den neuen Vereinbarungen soll bei 3½-jähriger Lehrzeit ein Lehrgeld von 468 RM festgelegt werden, und zwar

für das 1. Lehrjahr	78 RM
" " 2. "	156 "
" " 3. "	156 "
" " 4. "	78 "

Wenn die Eltern nicht in der Lage sind, das Lehrgeld im voraus entrichten zu können, so will man gnädigst Teilzahlungen gestatten, und den Betrag an den wöchentlichen Kostgeldsätzen abziehen. Die Kostgeldsätze sollen aber auch dann nicht nach den tariflichen Bestimmungen bezahlt werden, sondern nach den Richtlinien des bayerischen Schreinermeisterverbandes. Als Arbeitszeit soll schlichtweg 55 Stunden pro Woche in den Vertrag aufgenommen werden und zwar 48 Stunden Lohnarbeitszeit zuzüglich 5 Stunden für Aufräumarbeit. Auf diese Art und Weise hofft man über die tariflichen Bestimmungen der Kostgeldentschädigungsätze hinwegzukommen. Dieses Vorgehen bedeutet einen glatten Verstoß gegen den Tarifvertrag. So einfach wird es aber wohl nicht gehen. Zunächst braucht man für die Abänderung der Verträge doch auch die Zustimmung der Eltern und der Lehrlinge. Ob diese überall ohne weiteres gegeben wird, möchten wir sehr stark bezweifeln.

Eines aber ist sicher, in der Zukunft werden die Bamberger Schreinermeister bei solcher Einstellung recht wenig Lehrlinge bekommen.

Gaukonferenz. Danzig-Ostpreußen. Am Sonntag, den 4. Mai 1930 fand in Mehlsack die Gaukonferenz unseres Verbandes statt. Die aus Danzig und allen größeren Orten Ostpreußens erschienenen Delegierten unternahmen frühmorgens einen Ausflug in das schöne Walschtal, um anschließend gemeinsam dem Gottesdienste beizuwohnen. Außer den Delegierten hatten sich zahlreiche Gäste aus Mehlsack und den umliegenden Ortsgruppen in dem schönen Tagungslokal eingefunden. Der Zentralvorstand war durch Kollegen **Stedem** vertreten, welcher ebenso wie die Delegierten und Gäste vom Tagungsleiter, Kollegen **Erh**, Danzig, freundlichst begrüßt wurden. Der Vorsitzende der Zahlstelle Mehlsack, Kollege **Henning**, gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß in Mehlsack die Konferenz stattfand und sprach die Begrüßungsworte.

Kollege **Stedem** hielt einleitend einen Vortrag über Stand und Entwicklung des Verbandes. Er behandelte die allgemeinen Zustände, unter welchen die Verbandsarbeit zu leisten war, stellte den erfreulichen Fortschritt fest, den Mitgliederentwicklung und Kassenstand im Jahre 1929 erfahren haben, berichtete, daß der erhebliche Teil der Mitglieder tarifvertraglich geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenüberstehe, gedachte der Rechtsschutzfolge und der Bildungsbestrebungen in unserem Verbands. Empfehlend erwähnte er an die Fachschrift „Handwerkskunst im Holzgewerbe“, die leider nicht die genügende Beachtung in Mitgliederkreisen erfahre. Hinweisend auf die sozialpolitischen Kämpfe und Hemmnisse, die sich dem Aufstieg der Arbeiter entgegenstellten, forderte er zu unentwegter Weiterarbeit auf. Mut und Anregung zum weiteren Vorwärtstreben schöpfen wir aus der Größe unserer Idee, deren unvergängliche Kraft wir erkannten in bedeutsamen Ereignissen des vergangenen Jahres: Reichsjugendtreffen in Köln und Gewerkschaftskongreß in Frankfurt. Als Mittel für die erfolgreiche Abwehr aller

Gegner unserer christlich-nationalen Bestrebungen wie auch zur Förderung unserer Sache sollte mehr wie bisher an den Bezug unserer Tageszeitung „Der Deutsche“ gedacht werden.

Den beifällig aufgenommenen Ausführungen folgte der Bericht des Gauleiters, Kollegen **Uhl**. An Hand von Zahlen konnte nachgewiesen werden, daß unser Gau an den Verhältnissen gemessen, auch in diesem Jahre sehr gute Fortschritte gemacht hat. Die furchtbar gedrückte Lage der Landwirtschaft und die Abschnürung durch den polnischen Korridor ist natürlich kein besonders günstiger Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung. Die durch den Unsinn von Versailles geschaffene unmögliche Lage von Danzig und Ostpreußen wirkt sich auf Schritt und Tritt aus.

Von Jahr zu Jahr wandern von Ostpreußen die Menschen nach den übrigen Reichsgebieten und dem Ausland ab, so daß die Bevölkerungsabnahme Ostpreußens in wenigen Jahren mehrere Hunderttausend beträgt. Auch die großen Industriebetriebe, und nicht minder unser Holzgewerbe, leidet unter dieser rückschrittlichen Entwicklung. Die Schichtaubetriebe in Danzig und Elbing, die Automobilfabrik **Kommnick** und andere größere und kleine Betriebe konnten nur mit starker Staatshilfe im Interesse der gesamten Bevölkerung mit verminderter Belegschaft erhalten bleiben. Der schwere Kampf des Danziger Holzgewerbes gegen die polnische Überschwemmung mit deren viel billigeren, aber auch minderwertigen Erzeugnissen, wurde entsprechend beleuchtet. Die wirtschaftliche Verschlechterung und Verbundenheit der Arbeitnehmer mit den Betrieben, wie mit der gesamten Wirtschaft, wurde ausgiebig behandelt, trotz der augenblicklich schlechten Lage wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß nunmehr nach der erfolgten Neuregelung des Tributplanes wieder bessere Aussichten für die Zukunft sich einstellen werden.

Erfreulich war für die Teilnehmer an der Gaukonferenz zu hören, daß trotz der rückläufigen Bewegung im Wirtschaftsleben unser Verband im Gau anhand der umgesetzten Marken eine Steigerung um 36 Prozent nachweisen konnte. Dieses zeigt von einer nun schon seit Jahren anhaltenden stabilen und gesunden Aufwärtsentwicklung unseres Verbandes im Gau Danzig-Ostpreußen. Besondere Fortschritte hat die Jugendbewegung aufzuweisen. Es wird hier alles versucht, um die heranwachsende Generation besonders sachlich zu bilden und zu schulen. Die Anzahl der Jugendgruppen hat noch mehr wie die der Zahlstellen gesteigert werden können. Auf dem Rechtsschutzgebiet konnte beinahe hundertprozentig den hilfesuchenden Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen werden.

Die nach dem Mittagessen einsetzende Aussprache stand auf einer beachtlichen Höhe. Es kamen fast alle Delegierten zu Wort und konnte aus deren Ausführungen allgemein der feste Wille herausgehört werden, dem Verbands nach besten Kräften zu dienen und zu dessen weiterer Entfaltung beizutragen. Daß der Wunsch nach einem zweiten Angestellten allseitig laut wurde, war verständlich, und wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß dieses bald dadurch möglich werden würde, wenn der Gau sich in gleicher Weise wie bisher entwickle, wozu alle beitragen wollen.

Im Anschluß an die bis abends 7 Uhr tagende Konferenz fand eine Veranstaltung der Ortsgruppe Mehlsack statt, welche im kleinen Rahmen einen guten Abschluß fand. Die Gaukonferenz wurde mit einem Hoch auf unsern christlichen Holzarbeiterverband geschlossen.

Anzeigenpreis für die biersp. Millimeterzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Gäfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Venloer Wall 9. Telefonnr. West 515 46. — Redaktionschluss **Hi Samstag-Mittag**.
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von **M. L. —** pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur: Postkontto 7718 Köln.

Intarsien jeder Art
Katalog
gegen 0.50 Mark in Briefmarken
E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 7 II

Sprechmaschinen-Laufwerke
in allen Preislagen.
Hobel
z. Selbst-**la. Doppelschneckenfederwerk**
einbauen (2 Stck. 30 cm Platten spielend)
nebst allem Zubehör, wie Muttern, Gummimutterlagen, Bremse, Regulator, Kurbel mit Rosette, 25 cm-Plattenteller mit Tuchbezug, Nickelklappbügelarm, la. Aluminium-Schalldose nur **Mark 26.—**
Versand p. Nachnahme. Tonführungen aus Holz und Metall. Katalog gratis und franko von
Robert Husberg - Neuenrade i.W. No. 9



Die Fachschrift
die jeder strebsame
Tischler haben muß:
Handwerkskunst im Holzgewerbe
Bezugspreis: **2 M.** vierteljährlich
Bestell. bei Postanstalten oder direkt
VERLAG-KÖLN · VENLOERWALL 9